

Presseinformation

Wiesbaden, 11. März 2016

Ausländerbehörden – Willkommensbehörden

Staatssekretär Jo Dreiseitel: „Wir schaffen zukunftsfähige Willkommensstrukturen in kunden- und serviceorientierten Behörden“

Wiesbaden. Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration hat Ende 2015 mit finanzieller Unterstützung aus dem AMIF (Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU) ein breit angelegtes Projekt zur Unterstützung der hessischen Ausländerbehörden hin zu einer stärkeren Serviceorientierung gestartet. Der Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Jo Dreiseitel, erklärte am Wochentag: „Wir sind stolz, dass wir trotz der derzeit immensen Herausforderungen, vor denen die Ausländerbehörden in Zeiten der größten Flüchtlingskrise seit dem Krieg stehen, diese Standorte für das Projekt gewinnen konnten. Unser gemeinsames Ziel ist es, zukunftsfähige Behörden zu schaffen, die durch die Vernetzung mit anderen Ämtern, mit Partnern wie Wohlfahrtsverbänden und Migrantorganisationen sowie mit Partnern der lokalen Wirtschaft Beratung aus einer Hand anbieten.“

„Der erste Weg führt die meisten Menschen, die neu nach Deutschland kommen, zur Ausländerbehörde ihrer Stadt. Als zentrale Anlaufstellen sind sie besonders gefordert, eine Kultur des Respekts und der Offenheit in Hessen zu vermitteln, denn sie verschaffen der Ausländerin und dem Ausländer einen ersten Eindruck der neuen Heimat“, so Dreiseitel.

„Die Ausländerbehörden stehen aufgrund der wachsenden Zuwanderungs- und insbesondere Flüchtlingszahlen vor großen Herausforderungen.“

Umso erfreulicher sei es, dass die Ausschreibung zu dem Projekt auf ein großes Interesse der Ausländerbehörden gestoßen sei, betonte der Staatssekretär. Es sind nun sieben Projektstandorte ausgewählt worden: die Städte Wiesbaden, Darmstadt, Offenbach und Gießen sowie die Landkreise Main-Kinzig, Lahn-Dill und Bergstraße“, nannte der Staatssekretär die Standorte.

Bereits jetzt sei abzusehen, dass die Standorte zum Teil unterschiedliche Schwerpunkte setzen werden. So stehe bei einigen das Thema Wissensmanagement und Arbeitsorganisation im Mittelpunkt, bei anderen wird es eher um die stärkere Vernetzung in der Kommune aber auch in der eigenen Verwaltung gehen.

„Deswegen ist es uns wichtig, auf diese Wünsche der Ausländerbehörden einzugehen. Nur so kann der Mehrwert durch das Projekt auch von allen erlebt werden. Derzeit werden mit den Führungskräften passgenaue Konzepte für den jeweiligen Standort entwickelt“, so Dreiseitel abschließend.

Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration beteiligt sich an der Finanzierung mit rund 112.000 Euro.

Das zweijährige Projekt ist eine Fortführung des bereits zuvor vom Integrationsministerium initiierten Netzwerks hessischer Ausländerbehörden. Im Rahmen dieses Netzwerkes gelang ein intensiver Austausch zu integrationspolitischen Fragestellungen und Anforderungen an die Ausländerbehörden. Alle teilnehmenden Behörden begrüßten diese Vernetzung und formulierten den Bedarf an einer Fortführung und weiteren Begleitung. Daher wird im Rahmen des neuen Projekts über die sieben Standorte hinaus auch das Netzwerk aller interessierten Ausländerbehörden weitergeführt.

Umgesetzt wird das Projekt durch den Projektträger imap - Institut für interkulturelle Management- und Politikberatung GmbH.